



Dr. Johannes Fechner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berliner Bote 11/2015

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem letzten Berliner Boten des Jahres 2015 möchte ich einige aktuelle politische Informationen zum Jahresabschluss übermitteln:

Zur Rheintalbahn

In Sachen Rheintalbahn hat die Union leider die verabredete Abstimmung am 17.12.2015 über die vorbesprochenen und von den Fachpolitikern der Koalition ausgehandelten Anträge platzen lassen. Die SPD-Fraktion hat sich **EINSTIMMIG** für den Rheintalbahnhofantrag ausgesprochen, wir wollten am 17. Dezember, wie mit der Union bereits verabredet, abstimmen. Völlig überraschend haben dann nordrhein-westfälische CDU-Politiker Forderungen auf höhere finanzielle Förderung von Strecken in Nordrhein-Westfalen erhoben und die Abstimmung platzen lassen. Um es klar zu sagen: Von uns gab es keinerlei Nachforderungen mehr, auch unsere SPD-MdB aus Nordrhein-Westfalen stehen hinter den Anträgen.

Jetzt ist die Union am Zug, dort verhandelt man derzeit intern um eine Einigung. Sowie sich die Union intern geeinigt hat können wir abstimmen, ich hoffe dass die Union dies im Januar hinkommt.

Zur Flüchtlingskrise

Die Flüchtlingskrise hat uns 2015 sehr beschäftigt und wird auch 2016 ein wichtiges Thema bleiben. Flüchtlinge, die für sich und ihre Familien eine Zukunft in unserem Land aufbauen wollen, sollten wir angesichts unseres Arbeitskräftemangels und unserer demographischen Entwicklung integrieren. Ein großer Dank gilt allen ehrenamtlichen Helfern und allen Behördenmitarbeitern - von der Polizei über die Gemeinden bis zu den Landkreisen - für Ihren

hervorragenden Einsatz. Wir müssen aus meiner Sicht drei Ziele verfolgen: Den Zuzug begrenzen, die Asylverfahren beschleunigen und Konkurrenzsituation zwischen Einheimischen und Flüchtlingen verhindern.

Hierzu haben wir eine Menge gemacht. Dass wir manche Länder als sichere Herkunftsländer definiert haben, hat den Zustrom von Flüchtlingen aus diesen Ländern deutlich verringert. Wir werden 1 Milliarde € für Flüchtlingslager in Jordanien und im Libanon zur Verfügung stellen, weitere 3 Milliarden € erhält die Türkei. Wir haben beim für Asylverfahren zuständigen Amt 2500 Stellen geschaffen, dort werden dadurch immerhin schon um 20 % mehr Fälle bearbeitet. Des Weiteren werden wir für Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive - Menschen mit Wiedereinreisesperre und Flüchtlinge, die nicht sagen oder nicht glaubhaft machen, aus welchen Ländern sie kommen sowie Menschen aus sicheren Herkunftsländern - ein beschleunigtes Verfahren einrichten, damit innerhalb eines Monats feststeht, ob diese Menschen doch bleiben können oder nicht. Klar ist aber auch, dass verfolgte Menschen Hilfe benötigen und verdienen.

Bundestag beschließt Asylgesetzkpaket

Immer mehr hilfeschuchende Menschen kommen nach Europa, insbesondere nach Deutschland, um hier Asyl zu beantragen. Das stellt den Bund, die Länder und Kommunen und die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die Politik muss Lösungen finden, wie Deutschland seiner humanitären Verantwortung trotzdem gerecht werden kann. Dafür hat der Bundestag im Oktober ein umfassendes Gesetzespaket beschlossen. Das mit der Union vereinbarte Asylpaket enthält unter anderem folgende wichtige Maßnahmen:

- Von 2016 an erhalten die Länder für die Dauer des Asylverfahrens beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine monatliche Pauschale von 670 Euro pro Asylbewerber. Hinzu kommen 670 Euro für einen weiteren Monat im Fall der Ablehnung. Damit löst der Bund sein Versprechen ein, sich von 2016 an strukturell und dynamisch an den Kosten für Flüchtlinge zu beteiligen.
- Für dieses Jahr wird der Bund seine Soforthilfe nochmals auf insgesamt zwei Milliarden Euro verdoppeln.
- Der Bund greift Ländern und Kommunen zusätzlich unter die Arme, indem er einen finanziellen Beitrag von 350 Millionen € zu den Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer leistet.
- Darüber hinaus können die Länder eine elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerber einführen. Die Kosten hierfür werden von der öffentlichen Hand getragen, gehen also nicht zu Lasten der Versicherten und der gesetzlichen Krankenkassen.

Weihnachtsbaum der Landesvertretung Baden-Württemberg 2015 aus Lahr

Ich habe mich sehr gefreut, dass der diesjährige Weihnachtsbaum vor unserer Landesvertretung in Berlin aus dem Wahlkreis Emmendingen/Lahr kommt. Ich hatte die große Ehre, den Baum in Lahr selbst fällen zu dürfen. Nur mit der großen Unterstützung des Technischen Hilfswerkes und der Landesvertretung war es möglich, den Baum aus Lahr nach Berlin zu bringen und bei einem Festakt am 25. November dort aufzustellen.



Der Hausherr der Landesvertretung Peter Friedrich, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, und ich konnten die Beleuchtung des Baumes am 25. November anschalten. (Foto: Landesvertretung)

Ich wünsche Frohe Weihnachten und alles Gute für das Jahr 2016

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Dr. Johannes Fechner, MdB